

Liechtensteiner Volksblatt

AZ - FL-9494 Schaan, Samstag, 15. Dezember 1973

Erscheint Dienstag-Mittwoch-Donnerstag-Freitag

Mit den amtlichen Publikationen

106. Jahrgang - Nr. 186

Ein Programm für den liechtensteinischen Menschen in seinem Alltag

Diskussion und Beschlussfassung über das neue Programm am FBP-Parteitag

«Verbesserung des Kontaktes zwischen Bürger und Staat; Erleichterungen im Umgang mit den Aemtern und Behörden; Umweltschutz als Sicherheit für eine wohnliche Heimat; zukunftsgerichtete Bildungswege und Freizeitmöglichkeiten für die Jugend; planvolle Finanz- und

gerechtere Steuerpolitik; eine neue Basis für die Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber; neue Wege zur Sicherung der Energiepolitik; neue Wege der Wohnpolitik; grössere Anstrengungen für Kinder, Familie, Alter und Gesundheit; konkrete Vorschläge für eine aktivere Kulturpolitik und neue Wege der Zusammenarbeit zwischen Staat und Gemeinden.»

So lauten einige wesentliche Begriffe und Zielsetzungen der Vorlage zum neuen FBP-Programm, die am Montagabend im Rahmen des FBP-Parteitages in Vaduz gutgeheissen wurde. Die Vorlage zum neuen Arbeitsprogramm, das «kein Dogma, sondern die Grundlage des Dialogs mit dem Bürger» sein soll, wurde acht Tage vorher vom FBP-Landesausschuss zu Händen des Parteitages erarbeitet. Der Landesausschuss stützte sich dabei auf die Vorarbeiten aus den Gemeinden und Sachreferaten, die sich teil-

weise schon seit Monaten mit der Programmfrage beschäftigten.

Ein umfangreiches **Arbeitspapier** Obwohl die Vorlage zum Programm, wie sie die Stimmberechtigten des Parteitages erhalten hatten, bereits viele Gremien passiert hatte und auf eine einheitliche Grundthematik umgearbeitet worden war, umfasste sie immer noch 14 Seiten mit rund einem Dutzend Hauptabschnitten und mehr als 60 konkreten Aussagen und Postulaten dazu. Um das Mitspracherecht bei der Beschlussfassung über das Arbeitsprogramm, wie es in den letzten Monaten in allen Programmkommissionen gepflegt wurde, auch am Parteitag zu gewährleisten, wurde bewusst kein «fertiges» Papier vorgelegt, das man nur noch annehmen oder ablehnen konnte.

Aufforderung zur Mitarbeit wurde ernst genommen
Was den Stimmberechtigten des

Parteitages zugegangen war, wurde ausdrücklich als Vorlage zum FBP-Programm gekennzeichnet. Gleichzeitig mit der Programmvorlage erhielten die Delegierten der Ortsgruppen, die Vertreter der Sachreferate, des Jugendreferates und des Landesausschusses auch die Aufforderung, allfällige Abänderungs- oder Verbesserungsanträge bis zum Parteitag einzureichen.

Dass diese Aufforderung zur Mitarbeit und Mitbestimmung ernst genommen wurde, zeigte sich am Montagabend in Vaduz: die Beratung und Beschlussfassung über die Programmvorlage wurde zu einem der Schwerpunkte des Parteitages.

Verschiedene Anträge und Anregungen müssen berücksichtigt werden

Die zuständigen Fachgremien in der FBP, die jetzt mit der Ausarbeitung

Fortsetzung auf S/2

Die Auszahlung erfolgt in Form einer Verdoppelung der Dezemberrente. Der Landtag folgte damit einer Anregung des AHV-Verwaltungsrates unter dem Vorsitz seines Präsidenten Edwin Nutt, welche einen diesbezüglichen Regierungsantrag auslöste.

Weitere Einzelheiten aus der öffentlichen Landtagsitzung bringen wir in unseren nächsten Ausgaben.

Die aktuelle Frage

Jugend-Ausschreitungen: Sind Strafen die richtige Lösung?

In den Abendstunden des 5. und 6. Dezember soll es in Mauren zu bedauerlichen Exzessen jugendlicher gekommen sein. Unter dem Vorwand des Nikolausbrauches seien vermummte Gestalten als Begleitung des Nikolauses durch die Strassen gezogen und hätten mit allerhand Schlägerwerkzeug auf die Passanten eingedroschen, helst es in einer diesbezüglichen Meldung. Jugendliche, die vom Sporttraining nach Hause zurückkehrten, hätten die Kabelruten ebenso zu spüren bekommen wie Mitglieder des Jungen-Schachclubs, die beim Tischtennis spielen vom schmerzhaften Mummenschanz heimgesucht worden seien. - Im Bericht aus Mauren werden «empfindliche Bussen» gefordert, um dem Treiben, das schon im vergangenen Jahr um die Nikolauszeit geherrscht habe, ein Ende zu setzen und die jugendlichen Auck-Nikolaus «zur Vernunft zu bringen». - Setzen wir voraus, dass die Nachrichten aus Mauren bedauerliche Wahrheit sind, und dass es zu den Ausschreitungen im geschilderten Umfang gekommen ist. - Können wir das Problem wirklich mit empfindlichen Bussen allein lösen? Nützt es etwas, wenn wir den jungen Krampussen jetzt die Polizei ins Haus schicken und den Staat jene Rolle übernehmen lassen, die sie sich (offenbar aus falscher Romantik oder falsch verstandener Ueberlieferung) an den Nikolausabenden selbst zugeeignet haben? - Hat sich hier nicht etwas ereignet, das uns nachdenklich machen müsste? Nachdenklich darüber, ob wir hier nicht mehr tun müssten, als nur zu strafen? Unsere liechtensteinische Jugend hat zwar kaum Geldsorgen. Helst das aber schon, dass damit auch alle anderen Probleme, die sie bewegen, aus der Welt geschafft sind? Sind die Vorkommnisse in Mauren nicht als eines der zahlreichen Zeichen zu werten, dass wir uns mehr Gedanken darüber machen sollten, wie wir mit unserer Jugend ins Gespräch kommen und einen fruchtbaren und fairen Dialog führen können? Wer nur bestraft wird, straft selbst weiter, wenn er dann auf der anderen Seite des Zaunes sitzt.

Fairer Wahlkampf

«Wir Liechtensteiner sollten uns gegenseitig ertragen und dulden, gleichgültig, in welchem politischen Lager wir stehen.» - Mit diesen Worten leitete der FBP-Kandidat für das Amt des Regierungschefs, Dr. Walter Kleber am Parteitag vom Montagabend sein Angebot für einen sachlichen und anständigen Wahlkampf ein. Dr. Kleber versteht darunter «einen Wettbewerb um die besseren Kräfte und Ideen für Liechtenstein, ohne Zimperlichkeit in der Kontroverse, die notwendig und auch fällig ist, aber frei von Verdächtigungen, anonymer Verleumdung und persönlicher Verunglimpfung.» - Dr. Kleber bat sodann die Teilnehmer des Parteitages und «alle Anhänger unserer Partei», ihn «in der wahrhaftigen Einhaltung dieses Angebotes zu unterstützen».

Diese Bitte nach Unterstützung der Bemühungen um einen fairen Wahlkampf richtet sich naturgemäss auch an die Zeitungen unseres Landes. Die liechtensteinische Presse ist weitgehend das Spiegelbild dessen, was in den Parteien vorgeht. Es liegt deshalb in der Natur der Sache, dass ein Fairnessangebot nur dann voll zum tragen kommt, wenn es auch von den Zeitungen unseres Landes beachtet und ernst genommen wird.

Wir möchten die ersten sein, die den FBP-Regierungschef-Kandidaten Dr. Walter Kleber in seinen Bemühungen um einen anständigen, politischen Wettbewerb unterstützen. Dr. Kleber hat sein Fairnessangebot mit der Bitte verbunden, jeder einzelne Liechtensteiner draussen im Lande sollte darüber wachen, dass die Spielregeln des Anstandes gewahrt werden.

Die Wächterrolle des Bürgers sollte sich nicht nur auf Äusserungen der Politiker beschränken. Sollie sie nicht auch auf die Zeitungen ausgedehnt werden? Wir meinen ja und ersuchen unsere Leser auch in dieser Hinsicht wachsam zu sein und die Hand zu erheben, wenn die Grenzen der Sachlichkeit und des Anstandes in den kommenden Wochen missachtet werden. Redaktion «Liechtensteiner Volksblatt»

Eine doppelte AHV/IV-Rente auf den Weihnachtstisch

Kurzbericht über die öffentliche Landtagsitzung

Am Donnerstagmorgen ist der Landtag zu seiner voraussichtlich letzten, öffentlichen Sitzung der laufenden Legislaturperiode zusammengetreten. Auf der Tagesordnung standen 20 Geschäfte, darunter eine Reihe wichtiger Gesetze, die in zweiter und dritter Lesung behandelt und verabschiedet wurden. Die Sitzung dauerte am Freitag an. Wir veröffentlichen nachstehend in Kürze die wichtigsten Beschlüsse. Ein ausführlicher Bericht folgt in den ersten Ausgaben der kommenden Woche.

Ehegesetz einstimmig verabschiedet

Das neue Ehegesetz wurde in zweiter und dritter Lesung durchberaten und sodann einstimmig verabschiedet. Im Zuge der zweiten Lesung wurden verschiedene Abänderungsanträge, wie die Ausdehnung des Eheimhindernisses auf Schwäger und Adoptivkinder, sowie eine Verbesserung der Rechtsstellung der Frau (Schlüsselgewalt und Berufsausübung) in das neue Gesetz aufgenommen. Das nun verabschiedete Ehegesetz wird am 1. Juni kommenden Jahres wirksam. Die Zeit bis dahin wird benötigt, um die erforderlichen, administrativen Voraussetzungen (Zivilstandsamt usw.) zu schaffen.

Steuergesetz: Verbesserungen aber keine Ideallösung

Die abschliessenden Lesungen zur Revision des Steuergesetzes wurden am Donnerstag leider durch eine mehr als einstündige Diskussion über die Geschäftsordnung belastet. Es ging dabei hauptsächlich um die Frage, inwieweit die vor allem von Seiten der FBP-Fraktion vorgetragenen Verbesserungsanträge noch ins Gesetz aufgenommen werden könnten. Bedauerlicherwei-

se mussten der Auslegung der Geschäftsordnung eine Reihe von Abänderungsanträgen geopfert werden. Es blieb also im grossen und ganzen bei der Regierungsvorlage, die hauptsächlich eine Aenderung der Progressionsskala beinhaltet, welche die eingetretene Teuerung wenigstens teilweise wettmacht.

Gesellschaftssteuern auf 1000 Franken erhöht

Auch hinsichtlich der Gesellschaftssteuern setzte sich die Regierungsvorlage durch. Die Mindeststeuer für Sitzgesellschaften wurde von 600 auf 1000 Franken im Jahr erhöht. Gleichzeitig billigte der Landtag auch eine Aenderung des Finanzausgleiches, wonach die nun zu erwartenden Mehreinnahmen aus dem Holdingwesen nicht mehr in den Finanzausgleich gehen, sondern zur Deckung von Ausgaben der ausserordentlichen Rechnung in den Händen des Landes verbleiben.

Landwirtschaftsvorlagen verabschiedet

Wie in der ersten Lesung, so kam es auch am Donnerstag im Zusammen-

hang mit den drei Landwirtschaftsvorlagen zu verschiedenen Anregungen und Anträgen. Die Gesetze über die Anbauprämien für Futtergetreide und für die Gewährung von Ausmerzbeiträgen wurden gutgeheissen. Ebenfalls verabschiedet wurde das Gesetz zur Förderung der Landwirtschaft in den Berggebieten, wobei der Landtag die Bewirtschaftungsprämie gegenüber der Regierungsvorlage um 2 auf 10 Rappen erhöhte. Aktualisiert wurde im Rahmen dieses Traktandums auch ein alter Antrag des FBP-Abgeordneten Anton Gerner (Eschen), der sich bereits vor zwei Jahren für die Einbeziehung der Hügellagen im Talgebiet in die Fördermassnahmen aussprach. Auch über diesen Punkt werden wir noch gesondert berichten.

Neue Basis der Arbeitsverhältnisse in unserer Wirtschaft

Eine neue Basis für das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der liechtensteinischen Wirtschaft wurde mit der Verabschiedung eines modernen Arbeitsvertragsrechtes geschaffen, welches den Landtag ebenfalls in der Donnerstagssitzung passierte. Lob erntete Vizeregierungschef Dr. Walter Kleber für einen Zusatzantrag, der eine Vereinfachung bei Rechtsstreitigkeiten bis zu Streitbeträgen von 5000 Franken vorsieht. Solche Fälle werden künftig nicht mehr auf den langwierigen und kostspieligen Prozessweg verwiesen, sondern im Rahmen der Rechtsfürsorge schneller und kostensparender erledigt.

Zusätzliche Rente für AHV/IV-Rentner

Die AHV/IV-Rentner in Liechtenstein werden auch dieses Jahr in den Genuss einer zusätzlichen Rente als Teuerungsausgleich kommen.

Kinder-Zeichen-Wettbewerb

Wer zeichnet das Titelbild für die Volksblatt-Ausgabe vom kommenden Samstag. Der fröhliche Kinder-Wettbewerb zur Vorweihnachtszeit ist angelaufen. Alle Einzelheiten finden Sie auf Seite 11 der heutigen Ausgabe. Viel Spass beim Zeichnen. Einsendeschluss ist am kommenden Mittwoch, 19. Dezember.

